Kuba, die USA und der »Kommunismus des 21. Jahrhunderts«

Peter Gärtner



Peter Gärtner, Leipzig, Dr. phil. habil., Schwerpunkte Lateinamerika, Internationale Beziehungen, Globalisierung, Mitherausgeber MBl

Während Donald Trump in Westasien verzweifelt nach einem Ausweg aus einem Krieg sucht, den er selbst vom Zaun gebrochen hat, bereitet sein Außenminister und Sicherheitsberater Marco Rubio die Öffentlichkeit offenbar auf den nächsten Akt vor. Am 20. Juli 2026 legte sein Ministerium einen Bericht über Kuba vor, in dem die Karibikinsel zur »Hauptstadt des Kommunismus des 21. Jahrhunderts«[1] erklärt wird. Auf knapp einhundert Seiten werden fast siebzig Jahre kubanischer Geschichte in einer Weise präsentiert, als handele es sich um eine Weltverschwörung, deren Ziel darin bestehe, »die Vereinigten Staaten von der Erde zu tilgen«[2]. In neun Abschnitten wird der Versuch der Kubaner, sich aus der Abhängigkeit ihres großen Nachbarn im Norden zu befreien, zu einem Angriff umgedeutet, bei dem »die Amerikaner zu Werkzeugen für den Untergang ihrer eigenen Nation gemacht werden«.[3] In der Tradition der McCarthy-Ära werden alle, die sich mit der kubanischen Revolution solidarisieren, in einen Topf geworfen und entweder zu Marionetten oder zu Komplizen Havannas erklärt: die Aktivisten der afroamerikanischen Bewegung von den Black Panthers der 1960er Jahre bis zu »Black Lives Matter« heute; Befreiungsbewegungen der Dritten Welt in der Hochzeit der Entkolonialisierung; Organisationen und Persönlichkeiten, für die die Solidarität mit Kuba einfach nur Herzenssache ist; Linksradikale, die sich wie die RAF in der BRD für den bewaffneten Kampf entschieden haben; Studenten, die für ihr Rechte auf Meinungsfreiheit und Universitätsautonomie eintreten; »Spione«, die wie Victor Manuel Rocha, Ana Belén Montes oder die »Cuban Five« die kubanische Revolution vor den Angriffen aus Washington und Miami schützen wollten; Puertorikaner, die für die Unabhängigkeit ihres Landes von den USA kämpfen; Freundschaftsgesellschaften und Städtepartner; aber auch Staaten, die wie China, Russland oder der Iran den Hegemonialanspruch der USA infrage stellen.

Rubio, der Verschwörungstheoretiker

Angesichts dieses offensichtlichen Propagandapamphlets stellt sich die Frage, ob es der Mühe wert ist, sich damit ausführlicher zu beschäftigen. Drei Gründe sprechen dafür: Zum einen zeigt der Bericht anschaulich, zu

1 The Department of State: Cuba – The Capital of 21st Communism, unter: https://www.state.gov/cuba-the-capital-of-21st-century-communism/
2 Ebd., S. 98.
3 Ebd., S. 99.

welch abstrusen Verschwörungstheorien die gegenwärtige US-Administration greift. Dies eröffnet die Möglichkeit, die Muster ihrer Propaganda und ihre innere Widersprüchlichkeit offenzulegen. Täter-Opfer-Umkehr, die Verwechselung von Ursache und Wirkung, der Verzicht auf innere Logik und den notwendigen Kontext sowie die Projektion eigener Denk- und Handlungsmuster auf den Gegner gehören auch in diesem Fall zu den gängigen Praktiken.

Besonders augenfällig ist das Postulat, dass der »gescheiterte Staat« Kuba[4], dessen Wirtschaft sich »am Rande des Zusammenbruchs«[5] befindet, fast 70 Jahre als gefährlichster – und sogar ziemlich erfolgreicher – Verschwörer gegen das mächtigste Land der Welt agiert haben soll, welches zudem selbst seit Jahrzehnten alles Erdenkliche tut, um der kubanischen Revolution den Garaus zu machen. In einen weiteren Widerspruch verstricken sich die Verfasser des Berichts, wenn es um die Motive der vermeintlichen Verschwörer geht. Einerseits soll die kubanische Revolution »eine einzigartige Bedrohung für die innere Sicherheit der USA« darstellen und sich sogar gegen die »westliche Zivilisation selbst« richten.[6] Andererseits werden mehrfach die Verteidigung der Revolution und die vielfältigen Anstrengungen gegen den Wirtschafts- und Sabotagekrieg der USA als Motiv der jeweiligen Akteure genannt.[7] Im Abschnitt über den kubanischen Geheimdienst[8] wird dessen hohe Effektivität vor allem mit der »ideologischen Loyalität«[9] seiner Mitarbeiter erklärt. Die Frage, woraus diese resultiert, wird im Bericht gar nicht erst gestellt. Dass die offensichtliche Überlegenheit, die anhaltende Aggressivität und die Revanchegelüste des US-Imperialismus gegenüber Kuba neben der Identifikation mit den Idealen und Errungenschaften der Revolution eine wichtige – wenn nicht sogar die wichtigste – Quelle dieser Loyalität sein könnten, gerät damit aus dem Blick. Generell fällt die extreme Schieflage der Argumentation des Berichtes auf, in dem zwar die Aktivitäten der kubanischen Revolution akribisch aufgelistet werden, die der eigenen, konterrevolutionären Seite jedoch ausgespart bleiben. Dieses Manko liefert auch den Grund, an späterer Stelle auf die historischen Besonderheiten des Verhältnisses zwischen den USA – dem mächtigsten imperialistischen Land der Welt – und Kuba, das Washington seit 200 Jahren als »Objekt der Begierde« für sich beansprucht, einzugehen.

Warum gerade jetzt?

Der zweite Grund, sich näher mit dem Rubio-Report über Kuba zu befassen, liegt im Zeitpunkt seines Erscheinens. In diesem Zusammenhang sollte daran erinnert werden, dass Kuba weder in der National Security

4 Ebd., S. 5, 66.
5 Ebd., S. 98.
6 Ebd., S. 99.
7 Vgl. ebenda, S. 34, 36, 48, 55, 69, 72, 78–80, 86.
8 Vgl. ebenda, S. 28–39.
9 Ebd., S. 31.

Strategy vom November 2025 (NSS 2025) noch in der National Defense Strategy vom Januar 2026 (NDS 2026), in denen die zweite Trump-Administration (Trump 2.0) ihre außen- und sicherheitspolitischen Grundsätze veröffentlicht hat, explizit genannt wird. Warum wird dann ausgerechnet im Juli 2026 ein derart ausführlicher Report von fast einhundert Seiten verfasst? Zunächst sollte man davon ausgehen, dass es sich nicht um einen Zufall handelt. Einerseits gibt es eine lange Geschichte der US-amerikanischen Kuba-Obsession. Andererseits hat Trump seit Beginn seiner zweiten Amtszeit mit dem ausdrücklichen Verweis auf die Wiederbelebung der Monroe-Doktrin immer wieder den Anschluss von Kanada, Grönland und des Panamakanals gefordert, was vermuten lässt, dass er gegenüber der »Perle der Karibik« ähnliche Absichten hegt. So hat er nach seinem »Venezuela-Coup« vom Januar dieses Jahres geäußert, dass Kuba als nächstes »dran« sei.

Durch den unerwartet harten und erfolgreichen Widerstand des Iran ist allerdings sein Fahrplan durcheinander geraten. Zudem stehen im November die Zwischenwahlen an und die Zeit läuft ihm davon. Selbst wenn Trump in seiner erratischen Art eine bewaffnete Intervention gegen Kuba planen sollte, dürfte seinem Außenminister Rubio, dessen kubanische Eltern 1956 – mehr als zwei Jahre vor dem Sieg der Revolution – nach Miami übergesiedelt sind, klar sein, dass Kuba nicht Venezuela ist. Wann auch immer und auf welche Weise die USA weiter gegen Kuba vorgehen werden, steht fest, dass alle, denen die kubanische Revolution am Herzen liegt, den Rubio-Report als Alarmzeichen werten. Nachdem Trump die Insel von den lebenswichtigen Verbindungen zu Venezuela abgeschnitten und die weitere Energiezufuhr blockiert hat, liegt das Land wortwörtlich am Boden und kämpft tagtäglich um sein Überleben. Inzwischen hat die Regierung in Havanna die Wirtschaft in der Hoffnung geöffnet, dass ausländisches Kapital die Härten der Blockade mildert. Dass damit auch die USA und die konterrevolutionäre Diaspora in Miami für ihre Strategie des Regimewechsels zusätzliche Mittel in die Hand bekommen, bedarf keines weiteren Hinweises.

Ein internationales Treffen, das wenige Tage vor dem Erscheinen des Kuba-Reports unter der Regie des US State Departments am 16. Juli zum »Wiederaufleben des politischen Terrorismus« (Ministerial on the Resurgence of Political Terrorism) in Washington stattgefunden hatte, liefert ein weiteres Indiz dafür, dass das Risiko einer US-Eskalation gegenüber Kuba keineswegs ignoriert werden sollte. Außenminister Rubio hatte Delegationen aus 66 Ländern eingeladen, um die Welt davon zu überzeugen, dass das »Wiederaufleben des transnationalen linksextremen Terrorismus« eine echte Gefahr darstellt, die man gemeinsam bekämpfen müsse.[10] Neben den 48 Ländern des Westens (Europa einschließlich

10 Zur Rede von Rubio vgl. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/07/remarks-at-the-opening-of-the-ministerial-on-the-resurgence-of-po-

Türkei und Georgien sowie die US-Verbündeten Kanada, Japan, Südkorea, Philippinen, Australien, Neuseeland, Israel) waren 15 rechte Regierungen Lateinamerikas sowie Indien, Indonesien und Malaysia vertreten. Während Italien nur einen Staatssekretär im Innenministerium mit Zuständigkeit für die Feuerwehr entsandte, nahm aus Deutschland, wo das nächste Treffen stattfinden soll, ein hochrangiger Beamter des Bundesinnenministeriums teil.

Nach Rubios Eröffnungsbeitrag kam Stephen Miller, stellvertretender Stabschef des Weißen Hauses, zu Wort. Er bezeichnete die Linke als »tödlichen Krebs der Zivilisation« und warnte das Publikum, dass diese Art von Gewalt letztlich die Gesellschaft zerstören könne.[11] US-Finanzminister Scott Bessent warnte vor der »Einheitsfront zwischen dem internationalen Marxismus und radikalen islamistischen Bewegungen«.[12] Für Craig Mokhiber, ehemaliger Leiter des UN-Menschenrechtsbüros in New York, scheint die Konferenz ein »Versuch zu sein, die Bausteine für eine Art ›faschistische Internationale‹ zu legen. Es geht entschieden nicht um ›Terrorismus‹, diesen amorphen Begriff, den die USA, Großbritannien und andere nutzen, um sogar gewaltfreien Dissens zu kriminalisieren.«[13] Legt man die Liste der teilnehmenden Länder zugrunde und zieht zudem in Betracht, dass die Mehrheit des globalen Südens fehlt, dann wird deutlich, gegen wen sich eine solche Internationale richtet.

Warum Kuba?

Ordnet man Kubas Situation in das gegenwärtige Ringen um eine multipolare Weltordnung ein und legt dabei die beiden Strategiepapiere der Trump-Administration[14] zugrunde, dann fallen drei Dinge auf: Erstens handelt es sich bei den Ländern, die von den USA als Hauptgegner angesehen werden – China, Russland und Iran – um geopolitische Schwergewichte. Nordkorea, das in der NDS ebenfalls genannt wird, zählt zu den neun Staaten, die über Atomwaffen verfügen.[15] Wie oben bereits erwähnt, wird Kuba in keinem der beiden Dokumente namentlich

litical-terrorism. Präsident Trump hatte zuvor behauptet, dass die »linksterroristischen Bewegungen« eine größere Gefahr als der Zweite Weltkrieg darstellten.

11 Zur Rede von Stephen Miller vgl. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/07/remarks-at-the-opening-of-the-ministerial-on-the-resurgence-of-political-terrorism

12 Zur Rede von Scott Bessent vgl. https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/07/remarks-at-the-opening-of-the-ministerial-on-the-resurgence-of-political-terrorism

13 Craig Mokhiber unter: https://x.com/CraigMokhiber/status/2078501802753114419

14 Vgl. The White House: National Security Strategy of the United States of America, Washington D.C., November 2025 (NSS 2025), unter https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf sowie Secretary of War: National Defense Strategy 2026. Restoring Peace Through Strength for a New Golden Age of America, Washington DC, January 23, 2026 (NDS 2026), unter: https://media.defense.gov/2026/Jan/23/2003864773/-1/-1/0/2026-NATIONAL-DEFENSE-STRATEGY.PDF

15 Vgl. NSS 2025, S. 19, 23–24; NDS 2026, S. 9–13.

genannt. Zweitens stellt Kuba keinerlei Gefahr für die nationale Sicherheit der USA dar. Gegen eine solche verzerrte Wahrnehmung, die im Rubio-Report vom 20. Juli 2026 fröhliche Urständ feiert, sprechen sowohl die nationalen Interessen der Inselrepublik als auch deren realen Möglichkeiten. Kuba ist mit einer Fläche von 109.880 km² zwar die größte der Antillen-Inseln, kann sich aber weder territorial noch demographisch mit den meisten anderen Staaten der westlichen Hemisphäre messen.[16] Diese ist im Zuge der Wiederbelebung der Monroe-Doktrin, die auch als Donroe-Doktrin bekannt ist, zusammen mit dem »Homeland« nach »Jahren der Vernachlässigung« erneut an die oberste Stelle der geopolitischen Prioritäten der USA gerückt.[17] Nach fast 70 Jahren US-Embargo, das seit dem Amtsantritt der ersten Trump-Administration drastisch verschärft worden ist, sowie angesichts der Donroe-Doktrin und des neuerlichen Rechtsrucks in Lateinamerika kämpft Kuba um das blanke Überleben. Neben der Wahrung der nationalen Würde und Souveränität bilden die Aufhebung der permanenten Belagerung, ein normaler Zugang zum Weltmarkt und die Wiederbelebung der einheimischen Wirtschaft die wichtigsten nationalen Interessen Kubas. Anders als Vietnam und Korea war das karibische Land nie in einen Krieg mit den USA verwickelt. Seine Militärdoktrin ist auf den Widerstand des ganzen Volkes gegen eine US-Intervention gerichtet und damit rein defensiver Natur. Vor diesem Hintergrund erstaunt die ins Paradoxe gesteigerte Obsession, mit der alle US-Präsidenten seit 1959 Kuba bekämpfen, in besonderem Maße. Diese dritte Auffälligkeit liefert zugleich den dritten Grund, den Rubio-Report genauer unter die Lupe zu nehmen.

Ursprünge einer Obsession

Die »Kuba-Frage« ist seit Beginn des 19. Jahrhunderts immanenter Bestandteil des »American way to imperialism«.[18] Die Kuba-Politik der USA bildet »einen Mikrokosmos der amerikanischen imperialen Erfahrung: bewaffnete Intervention und militärische Besetzung; Nation-building und Verfassungsgebung; Kapitalexport und kulturelle Saturierung; die Installation von Marionettenregimes, die Bildung von politischen Klientelklassen und die Organisation von Stellvertreterarmeen; das Aufzwingen von Verträgen; die Errichtung permanenter Militärstützpunkte; ökonomische Hilfe – oder nicht – und diplomatische Anerkennung – oder nicht – entsprechend der gegebenen Umstände. Und nach 1959 Handelssanktionen, politische Isolierung, verdeckte Operationen und Wirtschaftsembargo. All das wurde vom amerikanischen Imperialismus

16 Auf der zweitgrößten Insel Hispaniola (76.480 km²) liegen Haiti mit knapp 12 Millionen und die Dominikanische Republik mit 10,9 Millionen Einwohnern, während in Kuba ca. 11 Millionen Menschen leben.

17 NSS 2025, S. 15; vgl. auch NDS 2026, S. 3, 8–9.

18 Perez (Jr.), Louis A.: Cuba in the American Imagination. Metaphors and the Imperial Ethos. Chapel Hill 2007, S. 2.

in Kuba praktiziert.«[19] Bereits Thomas Jefferson, der als dritter US-Präsident von 1801–1809 das Land regierte und 1803 den »Louisiana Purchase« mit dem französischen Kaiser Napoleon I. tätigte, durch den sich das damalige Territorium der USA um 2.144.480 km² vergrößerte und damit verdoppelte, hatte Ansprüche auf Kuba angemeldet, das damals noch spanischer Kolonialbesitz war. Als »Erweiterung Floridas«, das sich die USA 1819–1821 gesichert hatten, zählte er die 80 Meilen entfernte Insel kurzerhand zum »Verteidigungsperimeter der Vereinigten Staaten«[20]. Nachdem die Spanier 1818 Kuba für den Welthandel geöffnet hatten, nahm der Austausch mit den USA kontinuierlich zu, bis diese schließlich zum wichtigsten Handelspartner der Insel wurden. 1850 betrug der Anteil der Vereinigten Staaten am gesamten Handel Kubas 39 Prozent, gefolgt von Großbritannien (34 Prozent) und Spanien (27 Prozent).[21] Mehrfach versuchten die USA, die Insel in ihren Besitz zu bringen, was aber an drei Faktoren scheiterte. Erstens war es den Spaniern mit einer Mischung aus Reformen und Repression gelungen, ihre Kolonialherrschaft zu festigen. Während die spanischen Kolonien auf dem amerikanischen Festland – gemeint ist der Doppelkontinent – bis 1825 ihre Unabhängigkeit errangen, gelang dies den Kubanern erst 1902. Zweitens änderten die kubanischen Kreolen, die von der Zuckerrevolution profitiert und durchaus mit einem Anschluss an die USA geliebäugelt hatten, nach dem US-amerikanischen Bürgerkrieg ihre Meinung. Abgeschreckt von der Niederlage der Südstaaten, setzten sie weiterhin auf die Massensklaverei, die in Kuba erst 1886 verboten wurde. Drittens hatten die Auseinandersetzungen zwischen den Nord- und Südstaaten der USA im Vorfeld des Bürgerkrieges einen Konsens in der Kuba-Frage verhindert. Erst 1898 konnten die Nordamerikaner ihre Chance nutzen. Mit einem kurzen und erfolgreichen Eroberungskrieg gegen Spanien stahlen sie den Kubanern, die seit 1895 einen antikolonialen Befreiungskrieg geführt hatten, den Sieg.[22] Als Präsident Theodore Roosevelt (1901–1909) am 20. Mai 1902 die US-Okkupation offiziell beendete, begann für Kuba die neokoloniale Ära einer von den USA abhängigen »Republik ohne Souveränität«, die erst 1959 mit dem Sieg der Revolution über die Batista-Diktatur ihr Ende fand.

Metamorphosen einer Revolution: Die Kuba-Frage im Spiegel des Rubio-Reports

Was vor 67 Jahren für die Kubaner ein Akt der Befreiung war, ließ in Washington die Alarmglocken schrillen. Mit der Zerschlagung der alten Armee, dem Beginn der Agrarreform und der Nationalisierung der US-Unternehmen legte die revolutionäre Regierung unter Fidel Castro die Axt an die Wurzeln der Abhängigkeit von den USA, die in 150 Jahren

19 Ebd., S. 1.
20 Brown, Charles Henry: Agents of Manifest Destiny: the Lives and Times oft he Filibusters. Chapel Hill 1980, S. 22.
21 Vgl. Perez (Jr.), Louis A.: Cuba and the United States: Ties of Singular Intimacy. Athens & London 2003 (3. Aufl.), S. 13.
22 Vgl. ebenda, S. 97.

gewachsen war. Das Bündnis mit der Sowjetunion und die Proklamation des sozialistischen Charakters der Revolution am 16. April 1961 ließen die schlimmsten Albträume der US-Elite wahr werden. Ihr Versuch, die Revolution durch eine bewaffnete Invasion zu zerstören, scheiterte jedoch mit der schmählichen Niederlage in der Schweinebucht (Playa Girón). Am 20. April 1961, vier Tage nach ihrer Landung, mussten die rund 1.500 Söldner kapitulieren. Nach der Raketenkrise vom Oktober 1962, die die Welt an den Rand eines Atomkrieges zwischen den USA und der Sowjetunion gebracht hatte, verlegte sich Washington auf verdeckte Operationen, Wirtschafts- und Propagandakrieg, um sein Ziel doch noch zu erreichen. Der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa und die Implosion der Sowjetunion beraubten Kuba seines strategischen Hinterlandes und stürzten das Land in eine Existenzkrise (Sonderperiode).[23] Obwohl Washington den Druck bis zum Äußersten steigerte, gelang es den USA bis heute nicht, den lang erträumten Regime Change umzusetzen.

Damit sind wir wieder beim Rubio-Report vom 20. Juli 2026 angelangt. Die Geschichte des kubanischen Widerstandes gegen die US-Konterrevolution in Permanenz wird dort in doppelter Weise verfälscht und als Angriff auf die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten denunziert. Zum einen wird das eigene Handeln völlig ausgeblendet. All die Akte der Aggression, Sabotage und Verleumdung, die die USA seit 1959 gegen das revolutionäre Kuba verübt haben, bleiben unerwähnt. Zum anderen wird den zahlreichen Akteuren, die Solidarität mit Kuba üben und mit denen die Kubaner zusammenarbeiten, jegliche Autonomie abgesprochen. Sie alle werden als bloße Befehlsempfänger oder Handlanger Havannas ohne eigenen Willen dargestellt. Auf diese Weise entsteht das Konstrukt einer weltumspannenden Verschwörung gegen die USA mit Kuba als Strippenzieher im Zentrum. Im Original liest sich dies so: »Doch der erfolgreichste Bereich von Kubas Kampagne gegen Amerika spielt sich an der ideologischen Front ab. Seit den 1960er Jahren fungiert das Regime als schlagendes Herz einer neuen und eigenständigen Form des Marxismus, die aus einem alles beherrschenden Groll und einem grundlegenden Hass auf die Vereinigten Staaten und den Westen im weitesten Sinne geschmiedet wurde. Die Kubaner widmeten sich der Rekrutierung, Förderung und Mobilisierung einer globalen Koalition aus Aktivisten, Intellektuellen und politischen Gruppen für diese Sache und bauten ein weit verzweigtes revolutionäres Netzwerk auf … Seit seiner Gründung im Jahr 1959 bestand die Daseinsberechtigung *(raison d'être)* des Regimes in Havanna darin, den Kommunismus gewaltsam ins Ausland zu exportieren. Doch

23 Vgl. Zeuske, Michael: Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert. Zürich 2004 (2., aktualisierte und stark erweiterte Auflage).

sein wahres Ziel – noch vor jedem anderen momentanen Feind – waren stets die Vereinigten Staaten.«[24]

Der hier geschilderte Sachverhalt, dass die kubanische Revolution aus eigener Erfahrung einen »Marxismus der Dritten Welt« verkörpert, ist ebenso unbestritten, wie die Tatsache, dass die einzige und führende Partei des Landes eine kommunistische ist. Auch die aktive Unterstützung der Guerilla-Bewegungen Lateinamerikas mit dem Ziel, eine kontinentale Revolution zu entfachen, entspricht der Realität der 1960er Jahre. Ebenso gehört der entscheidende Anteil der kubanischen Genossen an der Organisierung der Trikontinentalen Konferenz im Januar 1966 und der Konferenz der Organisation für lateinamerikanische Solidarität (OLAS) im Oktober 1967 zum unverbrüchlichen Erbe der kubanischen Revolution.[25] Die notwendige Kritik bezieht sich demzufolge nicht auf die Nennung dieser historischen Tatsachen, sondern auf den Umgang mit ihnen, der durch dieselbe ahistorische und selektive Herangehensweise gekennzeichnet ist, die den gesamten Rubio-Report durchzieht. Ein weiteres Beispiel dafür ist der Abschnitt über die Sandinistische Revolution. Zum einen wurden die Sandinisten nicht nur von den Kubanern, sondern auch weltweit von einer breiten Welle der Solidarität und Hilfe unterstützt, was im Bericht unterschlagen wird; zum anderen tritt anhand der Kämpfe in Nikaragua und Zentralamerika die zentrale Verantwortung der USA offen zutage – und zwar sowohl als zentrale Ursache für den Ausbruch der »unvermeidlichen Revolutionen« im eigenen Hinterhof wie auch als Hauptakteur bei deren Bekämpfung.[26] Wegen des besonders engen Verhältnisses zu Kuba gilt dies für die dortige Revolution noch in gesteigertem Maße. Es ist mehr als zynisch, einem kleinen Land, das infolge des US-Embargos buchstäblich am Boden liegt, dieselbe Aggressivität zu unterstellen, mit der Washington den Rest der Welt in Schach hält. Ohne es zu beabsichtigen, verweist der Rubio-Report damit aber zugleich auf den speziellen Beitrag, den Kuba im Kampf um eine bessere Welt geleistet hat und unter unerhört schwierigen Bedingungen weiter leistet. Unter Führung der Kommunistischen Partei verteidigen die Kubaner mit ihrer nationalen Souveränität zugleich jene beiden Ideale, die sich mit ihrem Kampf von Anfang an verbinden: internationalistische Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Aus dieser – von den Verfassern nicht intendierten – Perspektive leistet der Report einen sehr speziellen Beitrag für die Verteidigung der kubanischen Revolution: Kuba darf nicht in die Hände eines Marco Rubio fallen!

24 The Department of State: Cuba – The Capital of 21st Communism, S. 5 und 6.
25 Zur Darstellung der genannten Ereignisse im Rubio-Report vgl. ebenda, S. 8–19
26 Zur Darstellung des kubanischen Verhältnisses zu den Sandinisten vgl. ebenda, S. 20–22. Zur Unterstützung der Sandinisten und zur Rolle der USA in der Region vgl. Gärtner, Peter: Zwischen zwei Kontinenten. Geschichte und Gegenwart Zentralamerikas, Münster 2020, S. 435–438, 475–487, 516–517, 789–808